

Frau
Elisabeth Müller
Kreistagsvorsitzende
Kreishaus
Karl-Kellner-Ring 51

35576 Wetzlar

Eingegangen am:
11. Juni 2007
- Büro der Kreisorgane -

07.06.07

Antrag – Philipp-Schubert-Schule und Erich-Girolstein-Schule Wetzlar-Hermannstein

Sehr geehrte Frau Müller,

ich bitte Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung aufzunehmen:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, über die weitere Entwicklung der Schulproblematik im zuständigen Fachausschuss zeitnah, d. h. spätestens Anfang August, zu berichten.

In diesen Komplex gehört u. a. die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wann ist die TU Darmstadt beauftragt worden, die Immobilie P.Sch.-Schule und E.G.-Schule zu untersuchen? Ist auf die Dringlichkeit hingewiesen worden, oder hat es eine Zeitvorgabe für die Untersuchungen gegeben?**
- 2. Welche Ergebnisse gibt es bisher bzw. wann liegt der Abschlussbericht vor?**
- 3. Welche Kosten sind diesbezüglich entstanden?**
- 4. Welche Konsequenzen zieht der Kreisausschuss aus dem Abschlussbericht hinsichtlich der baulichen Weiterentwicklung am jetzigen Standort – Abriss der Gebäude und Neubau, oder Wiederaufbau beider oder einer Schule bzw. Verlagerung einer Schule?**

CDU Kreistagsfraktion Lahn-Dill

5. Welcher Betrag ist bis Ende April 2007 in den Ausbau der E.G.-Schule aus IZBB-Mitteln investiert worden?
6. Wie hoch waren die Investitionen in die P.Sch.-Schule und E.G.-Schule jeweils in den letzten 10 Jahren?
7. Welche Sanierungs-/Renovierungsarbeiten sind konkret durchgeführt worden?
8. Hat es jeweils eine ordnungsgemäße Bauabnahme gegeben oder wie erklärt sich der Kreis, dass offenbar niemand Bauprobleme erkannt hat?
9. Welche Schulen aus der bekannten Bau-Zeit müssen ebenfalls untersucht werden?
10. Wer führt diese Untersuchungen wann und zu welchen Konditionen durch?
11. Wann wird mit entsprechenden Ergebnissen zu rechnen sein?
12. Wie stellt sich der Kreis die Unterbringung der P.Sch.-Schule und der E.G.-Schule zu Beginn des neuen Schuljahres 15.08.2007 vor?
13. Teilt der Kreisausschuss die CDU-Auffassung, dass es im Interesse der Kinder pädagogisch sinnvoll ist, sie jeweils geschlossen als Schuleinheit unterrichten zu lassen?
14. Erwägt der Kreis die Unterbringung der Grundschule in einem Containerdorf auf dem Festplatz Hermannstein, nachdem Oberbürgermeister Dette und Bürgermeister Lattermann in einem Gespräch mit dem Unterzeichner erklärt haben, den Festplatz unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und nötige Infrastrukturmaßnahmen übernehmen zu wollen?
15. Wie bewertet der Kreisausschuss die Tatsache, dass sich die Vertreter der Stadt ebenfalls bereit erklärt haben, sich an den Kosten der Turnhalle beteiligen zu wollen?
16. Wo sollen die Kinder der E.-G.-Schule geschlossen untergebracht werden?
17. Ist der Kreisausschuss bereit, wenn entsprechende Untersuchungsergebnisse vorliegen, bei Neubau oder Wiederaufbauplanungen diese Maßnahme in Form eines PPP-Projektes durchführen zu lassen?
18. Teilt der Kreis die Auffassung der CDU, dass es ein Fehler war, dem CDU-Antrag zur Bauzustandsuntersuchung aller Schulen durch ein externes spezialisiertes Unternehmen vor Jahren durch SPD und FWG abgelehnt zu haben?

Begründung:

Dass in dieser Angelegenheit dringender Handlungsbedarf gegeben ist, steht außer Frage. Umso verwunderlicher war es, dass erst auf Initiative der CDU eine Sondersitzung der Fachausschüsse stattfand. Die CDU hätte es begrüßt, wenn der Kreisausschuss sofort nach Bekanntwerden der Problematik die Verantwortlichen aller Fraktionen informiert hätte.

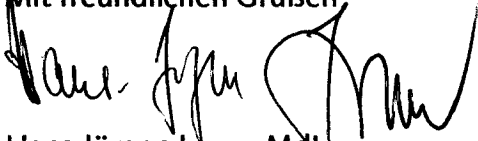
Da in diesem Fall weitreichende Beschlüsse zu fassen, ggf. Konsequenzen zu ziehen sind und weitergehende Gefahren ausgeschlossen werden müssen, hält es die CDU-Kreistagsfraktion für notwendig, so zeitnah wie möglich informiert zu werden, da nicht nur die Abgeordneten ein Recht auf Information haben, sondern vor allem die betroffenen Schüler, Pädagogen und Eltern.

Ohne an dieser Stelle auf die konkreten Schulen bezogen Vorwürfe an die Adresse der Kreisregierung erheben zu wollen, bleibt jedoch festzuhalten, dass

- 1. in den letzten 25 Jahren zu wenig in die Bauunterhaltung und Sanierung der Schulen im Kreis investiert worden ist – Feststellung Landesrechnungshof*
- 2. der Beschluss des Kreistages, von den 36 Mio Euro Erlösen aus dem Verkauf der EAM-Aktien 25 % – also 9 Mio Euro – in die Verbesserung der Bausubstanz und Ausstattung der Schulen zu investieren, gröblich missachtet wurde, kein einziger Euro zusätzlich investiert wurde*
- 3. Anträge der CDU für eine Ausstattungs- und Modernisierungsoffensive jährlich 1 Mio Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen, an SPD und FWG gescheitert ist, und dass*
- 4. „ein ausgeprägter Sanierungsrückstau“ besteht, wie Schuldezernent Roland Wegrich wörtlich einräumen musste, und zwar in einer Größenordnung von geschätzten 250 Mio oder mehr.*

Aus den genannten Gründen bittet die CDU-Kreistagsfraktion um Zustimmung dieses Antrages.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Jürgen Imer, MdL
Fraktionsvorsitzender